



Bericht und Beschlussempfehlung

des Europaausschusses

Berufung einer/eines Brexit-Beauftragten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1071

„Brexit“ - Schleswig-Holstein ist vorbereitet!

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1202

Der Landtag hat den Antrag der Fraktion der SPD betr. Berufung einer/eines Brexit-Beauftragten und den dazugehörigen Alternativantrag betr. „Brexit“ - Schleswig-Holstein ist vorbereitet! durch Plenarbeschluss vom 25. Januar 2019 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. Februar 2019 mit den Anträgen abschließend befasst und einstimmig beschlossen, sich dem Votum des Europaausschusses anzuschließen.

Der Europaausschuss hat sich in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 20. Februar 2019 mit den Anträgen befasst. Im Laufe der Beratungen wurde von den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW ein Änderungsantrag zum Alternativantrag vorgelegt. Vor dem Hintergrund des gemeinsam vorgelegten Änderungsantrags empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag mit Einverständnis des Antragstellers einstimmig, den Ursprungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1071, für erledigt zu erklären.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, von SPD und SSW bei Enthaltung der AfD empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag den Antrag in folgender, in der Sitzung mündlich geänderter Fassung zur Annahme:

„Der Landtag bedauert, dass das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland aktuell weiter an der Absicht festhält, aus der Europäischen Union auszutreten und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Beziehungen auch zukünftig eng und partnerschaftlich gestaltet werden.“

Der Landtag bekräftigt dabei seine Überzeugung, dass eine Weiterentwicklung der europäischen Einigung im Interesse Schleswig-Holsteins, Deutschlands insgesamt und der europäischen Staaten liegt.

Der Landtag begrüßt die frühzeitig ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung, sich trotz der unklaren Rahmenbedingungen des ‚Brexit‘ auf die denkbaren Austrittsszenarien vorzubereiten. Durch das in Vorbereitung befindliche Brexit-Übergangsgesetz wird das Land für den Fall eines geregelten Austritts gerüstet sein. Für einen unregelmäßigten Austritt sind die internen Vorbereitungen zur Identifizierung des landespolitischen rechtlichen Anpassungsbedarfs oder die Einrichtung einer Task Force durch den Wirtschaftsminister zur Beratung der Unternehmen im Land zu aufkommenden Einzelfragen vorgenommen worden.

Neben wirtschaftlichen Konsequenzen sind auch Auswirkungen auf andere Bereiche wie Sozialversicherungs-, Bildungs- und Wissenschaftsfragen zu erwarten. Der Landtag begrüßt daher die zahlreichen Informationsangebote der Kammern, Verbände und weiterer Institutionen der Zivilgesellschaft in Schleswig-Holstein. Sie zeigen, dass die letzten beiden Jahre gut genutzt wurden, um sich auf den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vorzubereiten und stellen ein gutes und breites Angebot an Informationen für Bürgerinnen und Bürgern zu den verschiedenen Aspekten dar.

Das Europaministerium wird darum gebeten, dieses Informationsangebot koordinierend zusammenzustellen. Die Landesregierung wird ferner gebeten, auf ihren Internetauftritten darauf hinzuweisen und dafür zu werben.

Schließlich bittet der Landtag die Landesregierung, den inhaltlich betroffenen und zuständigen Ausschüssen über die Vorbereitungen weiterhin zeitnah zu informieren.“

Wolfgang Baasch
Vorsitzender